

BUCHBESPRECHUNGEN

THEODOR BERGMANN

FUNKTIONEN UND WIRKUNGS- GRENZEN VON PRODUKTIONS- GENOSSENSCHAFTEN IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Sammlung „res novae“ Bd. 59, Europäische Verlags-anstalt,
Frankfurt am Main 1967. 289 S., kart. 25,— DM.

Es ist ein durchaus legitimer Wunsch weiter Kreise der westlichen Industriestaaten, die aufkommenden Gesellschaften der jungen Länder der Dritten Welt vor den sozialen Unwerten des kapitalistischen Zeitalters zu bewahren. Viele möchten ihnen aber gleichzeitig den Weg in eine Kollektivierung sowjetischer Prägung ersparen, und so bleibt dann als Allheilmittel gern eine freigemeinwirtschaftliche Form der Produktion und Konsumtion, die Genossenschaft. Mit der Befürwortung des Genossenschaftswesens in Entwicklungsländern meint mancher Autor, den Stein der Weisen gefunden und den Weg zu einer Gesellschaft der Freien und Gleichen in der Dritten Welt gewiesen zu haben. Indessen, die letzten Jahre haben nur zu deutlich gezeigt, daß dieses Rezept mehr vom guten Willen als von länder- und völkerkundlichem Fachwissen diktiert wurde, und so blieb nichts anderes übrig, als entweder die Zeit als noch nicht reif für derartige Maßnahmen zu erachten oder aber den Begriff der Genossenschaft so zu manipulieren, daß er den Verhältnissen in den Entwicklungsländern gerecht wird und also doch ein Erfolg verzeichnet werden kann.

Theodor Bergmann hat seiner umfangreichen Arbeit nicht nur das ganze Spektrum genossenschaftlicher Definitionen seitens der maßgeblichen Autoren vorangestellt, was ohnehin zeigt, daß es einigermaßen müßig ist, über „Genossenschaften“ in Entwicklungsländern schlechthin zu sprechen, er hat auch die zahlreichen Erscheinungsformen genossenschaftlicher oder genossenschaftsähnlicher Wirtschaftsweise auf dem Lande von Mexiko bis China untersucht und systematisiert. Praktische Untersuchungen konzentrieren sich auf Indien und Israel, zwei recht gut gewählte Beispiele, die deutlich genug zeigen, wie sehr genossenschaftliches Leben von der sozialen Verfassung und dem Bildungsstand der potentiellen Genossen abhängt.

Der Verfasser hat sehr zu Recht auf die unterschiedliche Ausgangssituation hingewiesen, vor der sich heute Genossenschaftsförderer in Entwicklungsländern befinden, verglichen etwa mit der eines *Schulze-Delitzsch* oder *Raiffeisen*, eine Ausgangssituation, die er „vorgenossenschaftlich“ nennt. Diese wird allerdings nicht nur von der sozialökonomischen Lage der Bauern oder Pächter bestimmt, sondern zu einem entscheidenden Teil auch von der geistigen oder religiösen Haltung, wobei nicht

zu leugnen ist, daß diese natürlich wiederum in engstem Zusammenhang mit der vorhandenen Sozialstruktur steht. Religionen, die hochgradig zum Fatalismus erziehen, wie der Hinduismus, der durch die Kastenstruktur (mag sie auch offiziell aufgehoben sein) dem Individuum seinen Platz in dieser Welt endgültig zuweist, sind ein schlechter Nährboden für Genossenschaften der Gleichen und Freien.

Bergmanns Sammlung von Beispielen indischer Genossenschaften bringt frappierende Fälle von „Scheingenossenschaften“, bei denen das alte Herrschafts- und Abhängigkeitssystem unter einem genossenschaftlichen Firmenschild in vollem Umfang fortgesetzt wird. Er bringt aber auch Beispiele, die zeigen, daß eine Zusammenarbeit aller Kasten möglich ist. Immerhin ist sein Urteil recht kritisch: „Nur wenige Genossenschaften sind sozial homogen. Ihre Mitglieder gehören meist verschiedenen Klassen und Kasten an. Deren Funktionen bleiben auch innerhalb der Genossenschaft scharf getrennt zwischen Leitung und Arbeit. Es geht von den Genossenschaften keine integrierende Wirkung aus. Ebenso ist daher ihr Einfluß auf die Sozial- und Agrarstruktur selbst in den wenigen Dörfern gering, in denen es Vollgenossenschaften gibt.“ (S. 250).

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Beobachtung des Verfassers, daß Vollgenossenschaften z. B. bei Neuansiedlungen und Ödlandkultivierung hervorragende Arbeit geleistet haben. Dies macht es noch einmal deutlich, daß das erstarrte Gesellschafts- und Wirtschaftssystem des indischen Dorfes das größte Hindernis für eine Wirtschaftsentwicklung im allgemeinen und eine Genossenschaftsentwicklung im besonderen ist, ohne dessen Zerschlagung wenig Hoffnung besteht.

Bergmanns Arbeit ist ein erfreulich kritischer Beitrag zum Thema Genossenschaften in Entwicklungsländern. *Dr. Wolf Donner*

**RUDOLF RICHTER
VOLKSWIRTSCHAFTLICHE
GESAMTRECHNUNG,
VOLKSWIRTSCHAFTLICHE
FINANZIERUNGSRECHNUNG,
ZAHLUNGSBILANZ**

Ein Grundriß. Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden 1966. 68 S., mit 2 Schaubildern und zahlreichen Übersichten, kartoniert 4,50 DM.

Die Fragen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung haben in der öffentlichen Diskussion in Politik und Wirtschaft wachsende Bedeutung erlangt. Das Interesse, das diesen Problemen entgegengebracht wird, beschränkt sich daher nicht mehr auf die wissenschaftlich-theoretische Analyse. Mit dem wachsenden Willen, die Wirtschaftspolitik zu rationalisieren, sucht der Wirtschaftspolitiker Wege, die ihm den Zugang zu diesem Wissensgebiet in knapper Darstellung aber doch auf verständliche Weise eröffnen.

In dem vorliegenden Grundriß ist es dem Autor gelungen, die Vielfalt des Stoffes der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, der volkswirtschaftlichen Finanzierungsrechnung und der Zahlungsbilanz aus ihrer inneren Verflechtung heraus in ein streng logisch gegliedertes und in sich geschlossenes Gesamtschema einzuordnen. Die Zielsetzung, die mit dieser Arbeit beabsichtigt war: dem Interessenten ein Bild von der „Gesamtkonzeption und dem Zusammenhang der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, der volkswirtschaftlichen Finanzierungsrechnung (Geldstromanalyse) und der Zahlungsbilanz eines Landes“ (S. 5) zu vermitteln, ist voll erreicht worden. Die Studie trägt dazu bei, die Bemühungen um eine Rationalisierung der Wirtschaftspolitik mit dem Mittel der Systematisierung und damit der Offenlegung der gesamtwirtschaftlichen Ablaufprozesse zu fördern.

Der Autor skizziert, nachdem er im ersten Abschnitt durch eine knapp und präzise gefaßte Einleitung den Leser mit wesentlichen gesamtwirtschaftlichen Begriffen bekannt gemacht hat, im 2. Abschnitt das Grundschema der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die er umschreibt als „ein Buchungssystem, das uns die ökonomischen Transaktionen zwischen den Sektoren zeigt und das uns nachweist, wie sich das Realvermögen, die Forderungen und Verbindlichkeiten der einzelnen Sektoren einer Wirtschaft in einem abgelaufenen Zeitraum (ex post) geändert haben“ (S. 16/17). In diesem Zusammenhang wird auf eine Besonderheit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gegenüber der volkswirtschaftlichen Vermögensrechnung bezüglich des Sektors Haushalte hingewiesen, wonach man in diesem Sektor nicht von Investitionen sprechen darf. Investitionen werden nur in den Sektoren Unternehmungen und Staat getätigt. Die Haushalte als Eigentümer von Einfamilienhäusern und anderen Gebäuden zählen zum Sektor Unternehmungen. Die Abgrenzung bei den Sektoren ist nämlich nicht nur *institutionell* sondern auch *funktionell* bestimmt.

Die langlebigen Wirtschaftsgüter, die im Sektor Haushalte dagegen angeschafft werden, werden in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht aktiviert, d. h. sie werden zum Konsum gerechnet und nicht als vermögenswirksame Ausgabe angesehen, denn zum Realvermögen im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden nur Gebäude, dauerhafte Produktionsmittel (erwartete Lebensdauer von mehr als einem Jahr), die Vorräte des Sektors Unternehmungen sowie die Gebäude und Anlagen des Sektors Staat gezählt.

Ausgehend von der Darstellung der intersektoralen Verflechtungen in der Form von Gleichungen, erhalten die ökonomischen Transaktionen in der Kontenform der Doppik ihren buchhalterischen Ausweis. Mittels graphischer Darstellungsweise in Form von *Stromdia-*

grammen wird dann versucht, den Bewegungsmechanismus der ökonomischen Transaktionen in einem volkswirtschaftlichen Kreislaufschema zu veranschaulichen, sollte dem Leser deren Wirkungszusammenhang in der Darstellungsform der *Matrixtabellen* optisch noch nicht völlig evident geworden sein.

„Eingebettet in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ wird in einem weiteren Abschnitt (3.) sehr zweckmäßig anhand eines Kreislaufschemas in die Grundfragen der volkswirtschaftlichen *Finanzierungsrechnung* eingeführt. Sehr treffend wird herausgestellt, daß bei der Finanzierungsrechnung folgende Zusammenhänge von besonderem Interesse sind (S. 26):

1. Die Sachvermögensbildung und die Ersparnisse der einzelnen Sektoren und die daraus resultierenden Finanzierungsüberschüsse oder -defizite
2. Die Zusammensetzung der Geldvermögensbildung (Zunahme der Forderungen) der Sektoren
3. Die Zusammensetzung der Kreditaufnahme (Zunahme der Verbindlichkeiten) der Sektoren.

Durch ein Zahlenbeispiel der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung soll im 4. Abschnitt dem Leser die Möglichkeit geboten werden, die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge anhand konkreter Zahlen, wie sie vom Statistischen Bundesamt für die Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1964 ermittelt wurden, abzulesen und zu versuchen, zum tieferen Verständnis „die in dem Kontensystem enthaltenen Transaktionen zur Übung graphisch abzubilden“ (S. 31).

„Mit einem Grundanliegen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“ (S. 32), der Bestimmung des *Volkseinkommens*, wird der Leser im 5. Abschnitt durch eine außerordentlich plausible und geschickte Kombination verschiedener möglicher Erklärungs- und Darstellungsformen, zusätzlich am Länderbeispiel der Bundesrepublik Deutschland interpretiert, vertraut gemacht.

Durch die Darstellung des Kontensystems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, wie es vom Statistischen Bundesamt weiterentwickelt wurde und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zugrunde liegt, wird auf die zentrale Rolle dieses Bundesamtes als Quelle amtlicher Statistik hingewiesen und, wie an anderen Stellen dieser Arbeit, auf möglicherweise bestehende und zu beachtende definitorische und rechnerische Unterschiede bei der praktischen Anwendung der Gesamtrechnungen aufmerksam gemacht.

Der abschließende Abschnitt 7 ist den Fragen der „systematischen Aufzeichnung der ökonomischen Transaktionen, die während eines bestimmten Zeitraumes zwischen ‚Inlän-

dern‘ und ‚Ausländern‘ stattgefunden haben“ (S. 46), der *Zahlungsbilanz* gewidmet. Richter läßt vor dem Leser auf knapp 10 Seiten ein in sachgerechter und präziser Weise skizziertes Zahlungsbilanzporträt erstehen. Der Autor erläutert die Arbeitsweise der Deutschen Bundesbank, die die Zahlungsbilanz für die Bundesrepublik Deutschland erstellt, insbesondere die von der Kontenform abweichende Spaltendarstellung, bei der jeder Soll-Buchung ein positives Vorzeichen, jeder Haben-Buchung ein negatives Vorzeichen zugeordnet wird (S. 52). Der Verfasser betont bei der Erläuterung der Fragen des Zahlungsbilanzgleichgewichtes, daß die gesamte Zahlungsbilanz stets ausgeglichen ist, d. h. sich im Gleichgewicht befindet, denn es steht „jeder Buchung auf dem gleichen Konto eine Gegenbuchung gegenüber“ (S. 53). Daraus folgt, daß sogenannte „Ungleichgewichte“, d. h. Salden, nur bei Teilbilanzen entstehen können, da diese nur einen Teil der Transaktionen der Zahlungsbilanz erfassen.

Das Sach- und Autorenregister ist in Umfang und Anlage in dieser Auflage noch etwas zu kurz gekommen, was jedoch den Wert der Arbeit insgesamt nicht beeinträchtigt. Anhand dieses Grundrisses gewinnt der Leser durch einen sachgerechten, methodisch und inhaltlich überschaubar angelegten Aufbau eine klare Übersicht über die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge, die ihm unter Beachtung wichtiger Wirkungszusammenhänge des wirtschaftlichen Kreislaufprozesses zugleich einen Blick in die Tiefe grundsätzlicher Probleme gestatten.

Bodo B. Gemper

CHRISTOPH MÜLLER

DAS IMPERATIVE UND FREIE MANDAT

Überlegungen zur Lehre von der Repräsentation des Volkes. Verlag A. W. Sythoff, Leiden 1966. 265 S., Ln. 29,— hfl.

Freiheit und Bindung des Abgeordneten im Parlament ist im Anschluß an Artikel 38, Absatz 1, Satz 2 und Artikel 21 des Grundgesetzes nicht nur ein juristisches Auslegungsproblem, es ist auch ein politisches Problem des Selbstverständnisses und Selbstvollzuges eines Gemeinwesens. Interpretationen dieser Grundgesetznorm werden, wie überhaupt das Repräsentationsprinzip der Verfassungen, vielfach mit angeblichen historischen Entwicklungen und daraus scheinlogisch abgeleiteten Gesetzmäßigkeiten begründet, wo es letztlich nur um eine Entscheidung über die Funktion des Abgeordneten in einer staatlich verfaßten Gesellschaft gehen kann. Der Verfasser bemüht sich deshalb folgerichtig nicht um eine neue Wesenschau des Repräsentationsprinzipes oder um ein umfassendes metaphysisches System von Volk und Führer, sondern er fragt nach den

sozialen Bedingungen des freien Abgeordnetenmandats als eines rechtlichen Regulativs innerhalb des sozialen Repräsentationsprozesses, nach dem Zusammenhang von Rechtsnormen und sozialen Tatsachen.

Im Rahmen dieser Besprechung ist es nicht möglich, diese *Martin Drath* gewidmete Schrift vollständig vorzustellen und kritisch zu würdigen; denn sie bietet in dieser Komplexität eine seltene Fülle des Materials und der in methodologischer Sauberkeit gewonnenen Ergebnisse. Müller geht von den Auslegungen des Begriffes des freien Mandats und des imperativen Mandates in der Staatslehre aus und überprüft diese an den Verfassungstexten, wobei das Mißverhältnis zwischen Rechtsvergleich und Auslegungsergebnissen auf der formellen staatsrechtlichen Kompetenzordnung in den Verfassungstexten beruht, welche die zugrunde liegenden gesellschaftlichen Integrationsprobleme verdecken. Diese gesellschaftlichen Integrationsprobleme als überprüfbare soziologische Phänomene stehen im Mittelpunkt dieser Abhandlung und wurden in einer solchen erschöpfenden Weise bislang noch nicht untersucht.

Die Wandlung vom imperativen zum freien Mandat erweist sich danach entgegen der traditionellen Auffassung nicht als entwicklungs-konform mit dem Übergang vom mittelalterlichen zum modernen Staat. Die wesentlichen Elemente des freien Mandats waren vielmehr schon gegen Ende des 13. Jahrhunderts in England erfaßt. Die Repräsentationsform des imperativen und freien Mandats war — wie an der französischen Entwicklung nachgewiesen wird — von typischen historischen Konstellationen abhängig.

Die prozeßrechtlichen Vorstellungen über Vertretungsverhältnisse, die die Ausbildung der repräsentativen Versammlungen begleiteten, gehörten nur zu dem römisch-rechtlichen Instrumentarium, mit dem beim Übergang in die Neuzeit die Herrscher überall versuchen, den politischen Verband an eine sich komplizierende Welt anzupassen. Das imperative Mandat des vorrevolutionären Frankreich, an dem die repräsentativen Institutionen Frankreichs letztlich scheiterten, hatte nicht den Rang von Unterhändlermandaten im technischen Sinne. Es tritt als ein Mittel der Obstruktion in Erscheinung, mit dem die Repräsentanten versuchen, Entscheidungen zu verschleppen und durch Nichteingang zu blockieren; während sie nicht wagen können, die Vorrechte der Krone offen zu bestreiten. Die aufkommenden politischen Parteien haben sich die Beschlußkompetenz repräsentativer Versammlungen zunutze gemacht und soziale Schichten in das Verfassungsleben eingefügt, die bisher ausgeschlossen waren.

Das imperative Mandat erscheint nach Ansicht des Verfassers als soziologischer Typus dort, wo sich Veto-Gruppen bilden, um Entscheidungen zu verhindern, aber gesellschaftliche Konflikte nicht selbst entscheiden können. Das freie Mandat erweist sich demgegenüber als funktionelle Notwendigkeit beschließender Versammlungen, die eine politisch führende Rolle spielen. Die Analyse des Verhältnisses von Rechtsnorm und sozialen Tatsachen ermöglicht es dem Verfasser, den empirisch zulässigen Begriffsinhalt der politischen Repräsentation als eines gesellschaftlichen Prozesses im Gegensatz zu der traditionellen Interpretation von Repräsentation und Identität zu stellen und damit für das Verhältnis von unmittelbarer Demokratie und imperativem Mandat, Beschlußkörper und freiem Mandat, Repräsentation und organisierten Interessen, Parteienstaat und freiem Mandat, sowie zum Mandatsverlust neue Einsichten zu erschließen. Die „Repräsentation des Volkes erweist sich als ein Instrument der Volkssouveränität“ (*Draht*).

Die Arbeit zeigt die Fruchtbarkeit, die Notwendigkeit von Rechtssoziologie und Rechtstatsachenforschung als Methoden der Verfassungsinterpretation, sie besticht durch die Prägnanz des sprachlichen Ausdruckes und die methodologische Klarheit, sowie durch ihr abgewogenes Urteil. *Klaus Grimmer*

ROLF DENKER

AUFKLÄRUNG ÜBER AGGRESSION

Kant — Darwin — Freud — Lorenz. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966. 139 S., kart. 8,80 DM.

Die Aktualität des Phänomens „Aggression“ veranlaßte den Verfasser, über seine Fachgebiete — Goetheforschung und Kunstgeschichte — hinaus eine Studie mit Informationen und kritischen Reflexionen zu diesem Thema zu veröffentlichen. Aufklärung über Aggression jedoch findet nicht statt. Indem Denker wichtige Stationen ihrer Erforschung nachzeichnet, wird offenbar, wie unzulänglich und widersprüchlich die bisherigen Erkenntnisse von der tatsächlichen Beschaffenheit des Menschen sind.

Kant ging noch davon aus, daß dem Menschen von der Natur die sich auf die Vernunft gründende Freiheit des Willens gegeben sei, die ihn befähigt, entgegen seinen Neigungen moralische Entscheidungen zu treffen. Dabei ist zu betonen, daß Kant zwischen Instinkten und Trieben der Tiere und den Neigungen des Menschen grundsätzlich unterschied.

Darwin revolutionierte alles bis dahin Gelehrte, als er den „Kampf ums Dasein“ zur Triebfeder für alle Höherentwicklung vom Einzeller bis zum Säugetier erklärte und den

Menschen als „vernünftiges und soziales Tier“ in diese Entwicklung ausdrücklich einbezog. Marx und Engels sahen in der Überwindung dieser „ökonomischen Formen des Tierreiches“ Chance und Aufgabe des Sozialismus.

Den nächsten entscheidenden Schritt tat Freud. Mit der psychoanalytischen Theorie vom Verhältnis des übermächtigen Unbewußten zum bewußten Ich fügte er menschlicher Eigenliebe erneut schwere Kränkung zu — nach der biologischen Kränkung durch die Deszendenztheorie und der kosmologischen durch die Entdeckung des Kopernikus.

Freud unterscheidet zwei Triebarten: Den Sexualtrieb oder Eros, der den Selbsterhaltungstrieb einschließt, und den Todestrieb, der danach strebt, alles Lebende in den Zustand der unbelebten Materie zurückzuführen. Erst die Ableitung dieses Todestriebes vom Individuum selbst auf die Außenwelt wird als Aggressions- bzw. Destruktionstrieb bezeichnet. Freud gab zu, daß jedes physiologische Verständnis dafür fehlt, auf welche Art die beiden Triebe, die fast nie in reiner Form auftreten, sich mischen und gegenseitig bändigen. Die Psychoanalyse ist bemüht, triebhafte Momente, die lediglich in die vorbewußte Sphäre des Bewußtseins reichen, bewußt und damit beherrschbar zu machen. „Wo Es war; soll Ich werden“, sagt Freud.

Im Gegensatz zu Freud erkennt der Tierverhaltensforscher Konrad Lorenz keinen selbständigen Todestrieb an. (Sein bedeutendes Buch „Das sogenannte Böse — zur Naturgeschichte der Aggression“ wurde in Heft 2/1964 dieser Zeitschrift besprochen). Unter den natürlichen Bedingungen des Tierreiches vollbringt die intraspezifische Aggression drei ausschließlich arterhaltende Leistungen: Die Auswahl des jeweils stärksten Männchens, Abstoßung zwischen den Individuen und damit Zuteilung ausreichenden Lebensraumes für den Einzelnen, Ausbildung einer Rangordnung bei Herdentieren. Stark bewaffnete, hochaggressive Tiere haben instinktive Tötungshemmungen entwickelt, Demutsgebärden, rituelles Vorüberdrohen, Kommentkämpfe. Die Entartung des Aggressionstriebes beim Menschen erklärt Lorenz so:

„Mit. . . Waffen gelang es dem Menschen, schneller zu agieren, als er instinktmäßig reagieren kann, so daß also die Tötungshemmungen nicht mehr wirksam werden können. Ihr Nachhinken produziert möglicherweise nur noch die Reue nach der Tat. Noch erleichtert wurde das Töten dadurch, daß mit fortschreitender Waffentechnik der zu tötende Gegner gar nicht mehr sichtbar war. Dadurch wurde jede Hemmung unmöglich. Der Weg vom Faustkeil zur Atombombe ist darum als ein Weg zunehmender Enthemmung zu beschreiben.“ (S. 112)

Da Aggression sich weder beseitigen noch verbieten läßt, schlägt Lorenz vor, sie auf Er-

satzobjekte abzuleiten, auf den Sport hauptsächlich, den er für besonders geeignet hält. Moralische Forderungen sieht er, im Gegensatz zu Kant, nur dann für realisierbar an, wenn eine Instinktbasis für sie vorhanden ist, und er verweist auf die „großen Konstrukteure des Artenwandels und der Mutation“, die sie in der Zukunft schaffen könnten.

Denker kritisiert diese Schlußfolgerung von Lorenz; er spricht dem Naturwissenschaftler das Recht ab, auf humanwissenschaftlichem Gebiet voreilig Betrachtungen anzustellen. Er selbst neigt zu Optimismus, zu Blochs „Prinzip Hoffnung“, zu dem Glauben, daß es der menschlichen Vernunft gelingen wird, ein Zusammenleben in Frieden zu verwirklichen.

Dieser Optimismus ist ein ganz persönlicher des Verfassers, kein Resultat der gesammelten Informationen. Freud ließ die Frage offen. Schon als Auschwitz und Hiroshima noch keine Begriffe für die Bedrohung des Menschen durch den Menschen waren, schrieb er die Schlußworte seiner Abhandlung „Das Unbehagen an der Kultur“ (1933):

„Die Schicksalsfrage der Menschenart scheint mir zu sein, ob und in welchem Maße es ihrer Kulturentwicklung gelingen wird, der Störung des Zusammenlebens durch den menschlichen Aggressions- und Selbstvernichtungstrieb Herr zu werden. In diesem Bezug verdient vielleicht gerade die gegenwärtige Zeit ein besonderes Interesse. Die Menschen haben es jetzt in der Beherrschung der Naturkräfte so weit gebracht, daß sie es mit deren Hilfe leicht haben, einander bis auf den letzten Mann auszurotten. Sie wissen das, daher ein gut Stück ihrer gegenwärtigen Unruhe, ihres Unglücks, ihrer Angststimmung. Und nun ist zu erwarten, daß die andere der beiden ‚himmlischen Mächte‘, der ewige Eros, eine Anstrengung machen wird, um sich im Kampf mit seinem ebenso unsterblichen Gegner zu behaupten. Aber wer kann den Erfolg und Ausgang voraussehen?“ (S. 77)

Eva Lorenz

ROLF ITALIAANDER

LEBENSSENTSCHEIDUNG FÜR ISRAEL

Politikum-Reihe Band 21. J. Fink Verlag, Stuttgart 1967.
135 S., kart. 7,80 DM.

Rolf Italiaander bezeichnet sich selbst als Streiter gegen völkische, rassische und andere Vorurteile. Er hat Israel offenbar mit weit offenen Augen besucht; das beweisen die persönlichen Notizen aus seinem Tagebuch, die, den Anfang des Buches bildend, in bunten Schilderungen von Begegnungen oder Ortschaften (Nazareth, Safed) Wesentliches über die Problematik des Landes aussagen.

Dann aber wendet er sich der Erhellung des Grundproblems zu, d. h. der Frage, „warum die Juden eigentlich heimgekehrt sind“. Dazu bringt er von zehn, meist in Israel woh-

bekanntem Menschen, die vor Jahrzehnten emigriert sind, Berichte. Diese sind nach Temperament, Charakter und Stellung der Verfasser sehr verschieden; manche gehen auf die eigenen Erlebnisse, manche auf die von ganzen Gruppen von Einwanderern ein. *Meyer Levir* stammt aus Amerika, *Ben Chorin* aus Deutschland, *Jedidya Blan* aus der Tschechoslowakei, *Giorgio Romano* aus Italien, *Hadassah Bat Haim* aus England, *Y. Brandstatter* aus Galizien, *Maier Asher* aus Bulgarien, *Alice Schwarz* aus Wien; der Stettiner *Abner Nechushtan* berichtet über die in Israel lebenden jemenitischen Juden, *Lea Barinbaum*, selbst aus Hamburg, schreibt über die Kinder aus den ärmsten Schichten der marokkanischen Einwanderer.

Das Buch ist also sehr abwechslungsreich und lehrreich, ohne im Geringsten lehrhaft oder pedantisch zu sein. Die bejahende Einstellung dieser ehemaligen Einwanderer zum Lande, ihre positive Einstellung zum Zusammenwachsen einer Nation aus äußerst verschiedenartigen Komponenten, das ständig wachsende Gefühl des Zugehörigseins ist klar zum Ausdruck gebracht. Italiaander betont selbst, daß die Sammlung der Berichte unvollständig ist; besonders zu bedauern ist das Fehlen von Berichten aus der Feder von Einwanderern aus den Ländern Afrikas und Asiens, die von größter Bedeutung für das Israel von heute und noch mehr von morgen sind.

Der israelische Botschafter *Asher Ben-Natan* hat ein bemerkenswertes Geleitwort für das Buch geschrieben.

Dr. R. Sivron-Hoffnung

WERNER MASER
HITLERS MEIN KAMPF

Bechtle Verlag München und Eßlingen 1966. 344 S. und 16 Bildtafeln, Ln. 26,— DM.

Werner Maser, der im Vorjahr mit seiner „Frühgeschichte der NSDAP“ ein bedeutsames, mancherlei von Anhängern wie Gegnern der Nationalsozialisten verbreitete Legenden zerstörendes, mit strenger wissenschaftlicher Objektivität abgefaßtes Werk vorgelegt hat, unternimmt eine gründliche Untersuchung von Hitlers „Mein Kampf“, das in einer Bemerkung auf dem Buchumschlag treffend als das „unheimlichste Buch der Neuzeit“ bezeichnet wird. Die Entstehung, der Aufbau, der Stil, die Änderungen in späteren Ausgaben, die Verbreitung, die Übersetzungen, die Quellen der Hitlerschen Weltanschauung sowie der Wert seines Bekenntnisbuchs als historische Quelle, all das wird mit seltener Akribie und Gewissenhaftigkeit untersucht und dargestellt. Maser hat, gestützt auf seine Vorarbeiten zur „Frühgeschichte der NSDAP“, so ziemlich die ganze zugängliche Literatur über Hitler und die Nazis durchgearbeitet, er hat die Texte der verschiedenen Auflagen von „Mein Kampf“

sorgsam miteinander verglichen, die ihm sprachlich zugänglichen vollständigen oder auszugsweisen Übersetzungen beigezogen und seinen eigenen Ausführungen einen ausgiebigen, für die Entstehungsgeschichte wie für die Beurteilung des verhängnisvollen Buches wesentlichen Dokumenten-Anhang, sowie einige kennzeichnende Bildtafeln, Faksimiles von Hitlers Briefen usw. beigegeben und jede seiner Feststellungen in zahlreichen Fußnoten quellenmäßig exakt belegt. Doch würde man Masers Buch unterschätzen, sähe man in ihm nur eine wissenschaftliche Fleißarbeit. Das mag von seinem ersten Teil gelten, der die eigentliche Geschichte von „Mein Kampf“ behandelt, Hitlers Voraussetzungen bei seiner Abfassung, die Änderung der Texte, eine bis in die oft falsche Interpunktion gehende Kritik des schwülstig-rhetorischen und vielfach vulgären Stils, der ferner die Stellen aufzeigt, wo Hitler bewußt lügt. Im zweiten Teil des Buches aber gibt Maser dann kommentierte breite Auszüge aus „Mein Kampf“, vergleicht sie mit späteren Auslassungen Hitlers, vor allem aber mit der von ihm als „Führer“ in der Partei und später als Reichskanzler geführten Politik, die in erschreckendem Maß die in seinem Bekenntnisbuch niedergelegten Wahnideen realisiert oder zu realisieren versuchte. Denn in der Außenpolitik blieb es in manchem beim Realisierungsversuch, nicht zuletzt, weil er in „Mein Kampf“ seine Ideen zu offen bekannt hat und namentlich in England durch die Anfang 1939 erschienene vollständige Übersetzung die politischen Kreise stark beeindruckt und mit Mißtrauen erfüllt waren. Hitler hat auch später aus diesem Grund seine schriftstellerischen Offenherzigkeiten sehr bedauert. Die Zusammenstellung, die Maser gibt, führt über die „Blut-und-Boden“-Theorie als Rechtfertigung von Krieg und Völkermord, über Hitlers Arierverhimmelung und blindwütigen Judentum, seine Gewaltanbetung zu seinen verantwortungslosen Propagandamethoden und seinem autoritären Führerprinzip in Partei und Staat. Die Äußerungen aus „Mein Kampf“ werden abschnittsweise mit ihren furchtbaren Konsequenzen konfrontiert und in dieser Hinsicht ist Masers Buch nicht nur eine hervorragende zeitgeschichtliche Leistung, sondern auch eine heilsame Lektüre für alle diejenigen, in deren Köpfen etwa noch solche oder ähnliche Ideen spuken sollten. Maser schließt sein Buch mit der treffenden Bemerkung, daß Hitlers Weltanschauung und politische Absichten seit dem Erscheinen von „Mein Kampf“, d. h. seit 1925/26 eindeutig bekannt und vorgezeichnet waren. Hitlers Erklärung vom 3. Oktober 1941: „Es gibt in der Geschichte keine Entschuldigung für ein Versehen, eine Entschuldigung, die etwa darin besteht, daß man nachträglich erklärt, ich habe das nicht gemerkt oder ich habe nicht daran geglaubt“ könne daher nicht ihm allein vorgehalten werden.

Walter Gyssling

SOHRAB FARAHMAND
DER WIRTSCHAFTSAUFBAU DES IRAN

Unter besonderer Berücksichtigung der Planbehörde. Veröffentlichungen der List-Gesellschaft e. V., Bd. 41. Kyklos-Verlag und J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen und Basel 1965. 197 S., brosch. 19 DM, Ln. 23 DM.

HILDE WANDER

DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER BEVÖLKERUNGS- UND DER WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG DARGESTELLT AM BEISPIEL INDONESIENS

Kieler Studien, Bd. 70. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1965. 279 S., brosch. 46 DM.

Die Planung des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses stellt die damit Beauftragten vor eine Fülle schwieriger Aufgaben. Der Mangel an technischen, infrastrukturellen, bildungs- und wissensmäßigen Voraussetzungen bestimmt den Schwierigkeitsgrad ebenso, wie es die zahlreichen Gegebenheiten geographischer, bevölkerungsbezogener usw. Natur tun. Außerdem kann auch der sorgfältigste Planer niemals mit Sicherheit vorhersagen, ob die angestrebten Ziele wirklich erreicht werden, ob vor allem das einkalkulierte Verhalten des menschlichen Faktors tatsächlich eintritt. *Sohrab Farahmand* erläutert am Beispiel des Iran und der Arbeit seiner Planungsbehörde die Entwicklungsstrategie eines Landes, das immerhin den Vorzug erheblicher eigener Deviseneinnahmen aus dem Erdölgeschäft genießt. Dankenswerterweise verschweigt der Autor nicht die Hindernisse auf dem Wege zu einer allseitig entwickelten Volkswirtschaft, die den Mangel an Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und der Planungsbehörde, Unterbezahlung und Korruption in der Staatsmaschinerie, mangelnde Bereitschaft der Nachwuchskräfte, aufs Land zu gehen, u. a. m. umfassen. Lehrreich ist auch die kurze Schilderung der Landreform im Iran, die deutlich den Widerstand der besitzenden Klasse und ihre Macht zeigt, alle Gesetze zum Scheitern zu bringen. Erst seit 1962 scheint man der Verpflichtung nachzukommen, den Reformbauern auch tatsächlich Starthilfe zu geben. Die Arbeit vermittelt eine konzentrierte Übersicht über die einzelnen Wirtschaftssektoren und gibt so ein recht brauchbares Bild der entwicklungsökonomischen Situation des Iran.

Daß die sich heute in der Dritten Welt vollziehende Bevölkerungsexplosion erhebliche Entwicklungsprobleme aufwirft, muß auch der konservativste Betrachter zugeben. Auch er kann nicht länger umhin, sich darüber Gedanken zu machen, wie die Zusammenhänge zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum verlaufen und wie diese gegenläufigen Kräfte im Rahmen einer erfolgreichen Entwicklungspolitik eingeplant werden können. Es fehlt allerdings noch weitgehend an sauberen empirischen Untersuchungen, weil es in den meisten

Entwicklungsländern nicht das dafür erforderliche Zahlenmaterial gibt.

Um so höher ist die Arbeit von Dr. *Hilde Wander* einzustufen, die diese Zusammenhänge am Beispiel Indonesiens untersucht. Die Widersprüche zwischen moderner Hygiene, generativem Verhalten der Bevölkerung und der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft werden deutlich, und es erhellt, welche zum Teil katastrophalen Folgen die große Fruchtbarkeit für Sparrate, Kapitalbildung, Produktivität und Beschäftigung hat. Untersuchungen über Bevölkerungsverteilung und innere Migration, Mobilität usw. sind andere wichtige und interessante Untersuchungsgegenstände. Es liegt auf der Hand, welche reduzierende Wirkung auf die Wirtschaftshilfe und Entwicklungspolitik das rasante demographische Wachstum hat, und daß es eine hervorragende Komponente in jeder Planung für die Zukunft ist. Zahlreiche praktische Beispiele aus dem eigenen Erleben und Erfahren der Verfasserin in Indonesien lassen die Schrift auch jenseits des Theoretischen hochinteressant erscheinen.

Dr. Wolf Donner

PETER MEYER-DOHM
SOZIALÖKONOMISCHE ASPEKTE
DER KONSUMFREIHEIT

Untersuchungen zur Stellung des Konsumenten in der marktwirtschaftlichen Ordnung. Beiträge zur Wirtschaftspolitik Band 1. Hrsg. von Prof. Dr. Egon Tuchtfeld. Verlag Rombach, Freiburg im Breisgau 1965. 419 S., Ln. 29 DM.

Kann die Stellung des Verbrauchers in der Marktwirtschaft als die eines „Souveräns“ beschrieben werden, „der in der Erfüllung seiner Wünsche keine Widersprüche duldet“, oder ist er ein „manipulierter Verbraucher“, der vom Produzenten abhängig und beeinflusst ist? Auf der einen Seite wird die Kaufentscheidung der Konsumenten als ein „Volksentscheid“ ähnlich einer politischen Stimmabgabe verstanden — etwa bei *von Mises*, auf der anderen Seite „sei auf den Bestseller von *Vance Packard*: Die geheimen Verführer als Prototyp einer ganzen Gattung hingewiesen“. Zwischen diesen Extremen bewegen sich die weitverbreiteten Auffassungen über die Stellung und den Einfluß des Konsumenten in der Marktwirtschaft.

Zur Analyse dieser Fragen entwickelt das Buch von *Meyer-Dohm*, das als Habilitationsschrift an der Universität Hamburg verfaßt wurde, die theoretischen Hilfsmittel und zeigt die Umrisse einer zutreffenden Beantwortung der Frage nach der Konsumfreiheit.

Man kann zunächst fragen, wie die Wünsche der Konsumenten zusammengesetzt sind: Werden die einzelnen Güter ohne verstehbaren Zusammenhang miteinander begehrt oder nicht? Ausgehend von der klassischen Konsumtheorie, die mit Hilfe von Präferenzsystemen die

Nachfrage des Haushalts nach Gütern ableiten zu können glaubte, schlägt Meyer-Dohm als begriffliches Instrument den „Konsumstandard“ vor. Ihm liegt die Vorstellung zugrunde, daß vom Konsumenten eine bestimmte Konsumgestalt, ein Konsumstil, angestrebt wird, der seinerseits als Teil eines allgemeineren Lebensstils betrachtet werden muß. Unterscheidet man Wunschvorstellungen und realisierte Vorstellung, so gelingt es, die Spannungen zwischen beiden als Indiz für die wirtschaftliche Aktivität der Person zu benutzen. Für die Gegenwart läßt sich nun eine beträchtliche Wandlung des Konsumstils feststellen, die sich infolge einer experimentierenden Haltung, einer starken sozialen Mobilität und einer beträchtlichen Statusunsicherheit der Konsumenten ergibt.

Untersucht man nun die Frage, wie weit die von den Produzenten angebotenen Güter der Bedarfsstruktur der Konsumenten entsprechen, so stellt sich zunächst ein Informationsproblem. Die Art der Unterrichtung der Konsumenten kann mit Hilfe eines Informationsfeldes beschrieben werden, das die unterschiedliche Herkunft und Beschaffenheit der Informationen anzeigt. Da für die Konsumenten wesentlich die Eingliederung in den Konsum- und Lebensstil ist, findet eine Selektion der Informationen statt; die Sortimentspolitik des Einzelhandels unterstützt den Konsumenten bei der Realisierung seines Konsumstils.

In einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist der Produzent seinerseits an Kenntnissen über die Wünsche der Produzenten interessiert. Hierzu stehen ihm zwei Wege zur Verfügung: einmal die von den Konsumenten getätigten Käufe und zum anderen Marktforschungen. Die getätigten Käufe lassen jedoch keine eindeutige Auslegung zu — etwa im Sinne einer vollständigen Übereinstimmung — und insbesondere können hierdurch keine Wünsche der Konsumenten nach der Entwicklung neuer Produkte ausgedrückt werden. Zudem muß berücksichtigt werden, daß die Wünsche der Konsumenten von der Entwicklung der Wirtschaft abhängig sind; die Einführung neuer Produkte vollzog sich oft zunächst gegen den Widerstand der Verbraucher.

Dieser allgemeine Erklärungszusammenhang wird nun von Meyer-Dohm präzisiert und verfeinert. Dazu untersucht er einmal das Verhalten der Konsumenten näher, insbesondere, wie die Kaufentscheidung zusammengesetzt ist. Unter Benützung anthropologischer Erkenntnisse über das menschliche Handeln schlechthin kommt er zu Klassifizierungen verschiedener Arten des Käuferverhaltens unter dem Gesichtspunkt, ob ein mehr rationales, kalkülhaftes oder mehr impulshaftes Verhalten vorliegt. Allerdings ist das Konsumentenverhalten noch weitgehend unerforscht, während das Produzentenverhalten innerhalb der Betriebs-

wirtschaftslehre einen bedeutsamen Forschungsgegenstand bildet.

Den Produzenten stehen im wesentlichen preispolitische, qualitätspolitische und werbungspolitische Aktivitäten offen. Dem Verfasser gelingt es, die unterschiedlichen Erfolgsmöglichkeiten und Voraussetzungen der einzelnen unternehmerischen Verhaltensarten sichtbar zu machen. Gleichzeitig beachtet er die bedeutsamen Wandlungen der sozio-ökonomischen Umwelt seit Beginn der Industrialisierung und kommt für die heutige Situation zu sehr interessanten Feststellungen. So trägt beispielsweise die Zunahme der Werbung und die Beschleunigung der Modezyklen dazu bei, daß sich die einzelnen Werbefeldzüge gegenseitig neutralisieren und die einzelnen Moderichtungen ihre normative Bedeutung verlieren. Die Zunahme der Werbung hat demnach eine destabilisierende Wirkung auf die Marktsituation. Die Produktdifferenzierungspolitik der Unternehmen, die teilweise durch technischen Fortschritt und durch Konsumentenwünsche, teils aber auch durch die Werbung forciert wird, führt zur Schließung von Substitutionslücken und damit dazu, daß die Konsumenten kaum noch Unterschiede zwischen den einzelnen Produkten feststellen können.

Das Bild, das die heutige Wirklichkeit bietet, ist bedeutend komplexer, als die Schlagworte vom „König Kunde“ oder vom „manipulierten Verbraucher“ glauben machen wollen. Es ist somit nicht verwunderlich, daß die Frage nach dem Umfang der Freiheit oder Zwangsgesetzlichkeit des Konsums in einer gemischten Wirtschaftsordnung mit marktwirtschaftlichem Schwerpunkt nicht eindeutig zu beantworten ist. Trotz vieler Normierungstendenzen dürfte in einer bewußten Erziehung zum Wirtschaftsbürger ein dieser Ordnung adäquates, wirkungsvolles, jedoch bisher kaum benutztes Instrument zur Erweiterung der Konsumfreiheit liegen. *Günther Esters*

FRANCIS L. CARSTEN

REICHSWEHR UND POLITIK 1918—1933

Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln und Berlin 1964.
484 S. Ln. 38,— DM.

„Das Heer dient dem Staat, nur dem Staat; denn es ist der Staat.“ Dieses Wort des einstigen Chefs der Heeresleitung *von Seeckt* spricht eine deutlichere Sprache als die meisten Abhandlungen, die sich mit dem Verhältnis der Reichswehr zur Weimarer Republik befaßt haben. Das Problem des kaiserlichen Heeres in einer kaum fundierten, von Krisen geschüttelten Republik, das zu dem Fiasko *Hitler* führte, hat indes schon viele Historiker und Politikwissenschaftler angezogen. Nach Werken, die inzwischen weite Verbreitung gefunden haben, wie die von *Bracher, Hallgarten, Gordon, Vo-*

gelsang, Matthias und *Morsey*, unternahm es nun auch der Lehrstuhlinhaber für europäische Geschichte in London, *Francis L. Carsten*, die großen Linien von Seeckt zu *Schleicher* nachzuzeichnen. Ein umfangreiches Material gedruckter und ungedruckter Quellen aus den Archiven in Bonn, Koblenz und Stuttgart, aus dem Forschungsamt in Freiburg, dem Institut für Zeitgeschichte in München und der Admiralty in London stand dem Autor zur Verfügung. Er hat sich eng an dieses Material gehalten, läßt es oft für sich selbst sprechen und verleiht damit seinem Buche eine besondere Unmittelbarkeit.

Carsten gliedert sein Buch in drei Teile, deren erster die „Revolution und Konterrevolution“ skizziert (von den letzten Kriegstagen bis zum Kapp-Putsch). Der zweite Teil behandelt die Ara Seeckt bis zu dessen Entlassung, und der dritte Teil führt dann bis zur Machtübernahme der Nazis. Somit wird hier, wie Carsten im Vorwort meint, „zum ersten Male“ kontinuierlich die Geschichte der Reichswehr nachgezeichnet und dabei mit falschen Vorstellungen wie der vom „unpolitischen“ Heer oder der von vorhandenen Gegensätzlichkeiten in der Politik der verschiedenen Generale aufgeräumt. Leider hat Carsten die wohl bisher beste Darstellung auf diesem Gebiet übersehen, nämlich *Gordon A. Craig's* „Die preußisch-deutsche Armee 1640—1945“, das in der 1. Auflage bereits 1955 erschienen ist. Craig hat darin in drei Kapiteln schon all das aufgezeichnet und mit hervorragendem Einfühlungsvermögen für politische Zusammenhänge dargestellt, was Carsten hier nun ausführlicher ausbreitet und mit interessantem Material belegt.

Carsten — und vor ihm Craig — haben die ständige Bedrohung der demokratischen Ordnung mit Recht auf die Tatsache zurückgeführt, daß sich die Republik in der Stunde ihrer Geburt auf ein Offizierkorps gestützt hat, das nie auch nur zu der vagen Hoffnung berechnete, sich zur demokratischen Ordnung jemals zu bekehren. Für Seeckt, Schleicher und *Groener* gab es nur ein Ziel, nämlich die Reichswehr als „Machtfaktor im Staat, über den keiner hinweggehen kann“, zu etablieren. Die Reichswehr entwickelte sich „mit Hilfe einer geschickten Kombination von passivem Widerstand gegen den Versailler Vertrag und einer listigen Umgehung von dessen einschränkenden Bestimmungen“ (wie Craig sagt) zu einem wirksamen Kriegsinstrument und einem einflußreichen Machtinstrument im Staate.

Carsten belegt, daß das Offizierkorps geschlossen und systematisch das Verhältnis zur Republik verschlechterte, und daß hier bereits die Grundlagen für Hitlers Aufstieg geschaffen wurden. „Hätte die Republik in den Jahren nach 1930 ein ihr treu ergebenes Heer besessen, dann wäre die große Krise anders verlaufen.“
Dr. Reinmar Cunis

GUIDO FISCHER

DER BRITISCHE ENERGIEMARKT UND DIE ATOMKRAFTNUTZUNG

Reihe A: Studien des List Instituts herausgegeben von Harry W. Zimmermann, Bd. 36. Kyklos-Verlag Basel, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1964. VII/100S., brosch. 12,80 DM, Ln. 16,50 DM.

Die vorliegende Publikation zählt zu den Reihen der makroökonomischen „case studies“. Am Beispiel Englands werden die allgemeinen energiewirtschaftlichen Tendenzen, aber auch die für dieses Land spezifischen Entwicklungserscheinungen zur Darstellung gebracht. Tabellen und Schaubilder ergänzen diese Darstellung.

Im ersten Buchabschnitt wird eine mengenmäßige Untersuchung im gegenständlichen Bereich geliefert. Die bekannte Substitution der Kohle durch Öl wird aufgezeigt und es wird darauf hingewiesen, daß und wie sehr das ursprüngliche Energieexportland England zu einem gegenwärtig „abhängigen“ Energieimporteur geworden ist. Im gegebenen Zusammenhang wird auch die Verstaatlichung der britischen Kohlengruben besprochen und das Problem seines politischen Charakters weitgehend entkleidet.

Der darauffolgende Teil befaßt sich mit der Preisentwicklung auf dem britischen Energiemarkt. Die freie Preisbildung gehört dabei einer schon weit (1930) zurückliegenden Periode an. Der Preispolitik (Durchschnittspreisprinzip) des NCB werden heftige Vorwürfe gemacht, da diese Preisfestsetzung einerseits wohl eine Subventionierung der britischen Exportindustrie bedeutete, andererseits aber der Kohlenwirtschaft jede Möglichkeit nahm, die unerläßlichen Investitionen vorzunehmen. Der durch diese Niedrigpreise ermöglichte unwirtschaftliche Kohlenverbrauch führte zu einer Art gewolltem Raubbau, dessen Kehrseite nunmehr überhöhte Kohlenpreise sind.

Hinsichtlich des Substitutionsgutes Heizöl wird vermerkt, daß sein Preis nur auf Kosten des hohen Benzinpreises niedrig gehalten werden kann.

Daß angesichts dieser Situation in England auf die Atomkraftnutzung ausgewichen wird, kann niemanden verwundern. Von der noch unausgegorenen Preissituation ganz abgesehen, ist dabei die Feststellung auch grundsätzlich bemerkenswert, daß dieser staatsgeborene Sektor der britischen Atomkraftwirtschaft laufend Teile an die Privatwirtschaft abgibt: ein wirtschaftsordnungs-theoretisch bedeutsamer Aspekt. Standorttheoretisch neu ist die bei der britischen Atomindustrie gegebene „Kühlwasserorientierung“.

Alles in allem liegt hier eine interessante Studie vor, die den Wirtschaftstheoretiker und -politiker gleichermaßen angeht.

Dr. Johannes Kasnacich-Schmid

ALEXANDER S. NEILL
ERZIEHUNG IN SUMMERHILL

Das revolutionäre Beispiel einer freien Schule. Aus dem Englischen von Hermann Schroeder. Szesny Verlag, München 1965. 338 S., Ln. 22,50 DM.

Vor einiger Zeit wurde deutlich, wie verhängnisvoll es war, daß in den vergangenen Jahren die Diskussion über Bildungsfragen nur quantitativ und allenfalls Schulformen betreffend geführt wurde. Gäbe es in der Öffentlichkeit eine Diskussion um die qualitativen Probleme unserer Schule, wäre es wahrscheinlich sehr viel weniger leicht, uns plötzlich weiszumachen, wir hätten in Hessen und Baden-Württemberg zuviele Volksschullehrer.

Ausgehend von den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus werden in den Fachdiskussionen von den progressiven Beiträgen demokratische Inhalte für die Unterrichtsstoffe und ein demokratischer Unterrichtsstil gefordert. Ist die Durchsetzung der ersten Forderung schon schwierig genug, so ergibt sich bei der zweiten ein *circulus vitiosus*. Die Lehrer, selbst autoritär erzogen, mögen in den entsprechenden Fächern zwar in der Lage sein, demokratische Inhalte zu vermitteln; ihre Haltung bleibt aber an den nicht überwundenen Vorbildern fixiert.

Durch einzelne Maßnahmen, wie z. B. gruppodynamische Seminare, können einzelne Lehrer ein bißchen verändert werden, aber das strukturelle Problem ist nicht durch Umerziehung der Lehrer zu bewältigen. Diese Frage scheint unlösbar, weil in unserer Gesellschaft veränderte Strukturen nicht als Bedingung für mögliche Veränderung der Menschen angesehen werden. An diesem Vorurteil ist auch eine falsch verstandene Psychoanalyse nicht unschuldig. Die Prägung in den ersten fünf Lebensjahren wurde theoretisch verselbständigt. Das Dynamische dieser Psychologie, nämlich die Einsicht, daß sich unsere verhärteten Strukturen nur erhalten, wenn der Druck, der sie einst erzeugte, auch erhalten bleibt, geriet in Vergessenheit.

Die Schule ist die erste gesellschaftliche Institution, die eben jenen elterlichen Druck in den Kindern fortsetzt. Aber auch bei den Lehrern hat sie noch diese Funktion. Sollte sich also nicht nur an den Inhalten unserer Bildung etwas ändern, so muß diese Funktion der Schule und damit die gesamte Organisation unseres Schulwesens in Frage gestellt werden.

Auszugehen wäre dabei primär von den Kindern, von deren Bedürfnissen und nicht von denen der Gesellschaft, wie es im Moment in allen Reformplänen geschieht. Weil die Wirtschaft, der technische Fortschritt usw. irgendetwas von der künftigen Generation verlangen, werden z. B. Lehrpläne geändert. Von denjenigen, die in dieser vorhergesehenen Welt einmal leben sollen, und von deren Bedürf-

nissen wird überhaupt nicht gesprochen. Sie bleiben bloße Objekte. Demokratisierung der Schule wird nicht deshalb gefordert, weil die Kinder das Hier und Heute bevorzugen würden, sondern weil sie so besser an die Welt angepaßt werden, von der andererseits, da es in ihr undemokratisch organisierte Schulen geben kann, ja auch gesagt ist, daß sie so gut nicht sein kann.

Es zeigt sich, wie sehr die Kategorie „freie Selbstbestimmung des einzelnen“ aus unseren Demokratievorstellungen verschwunden ist, das Leben in Summerhill — von dem das zu besprechende Buch handelt — kann nicht mehr ausreichend durch den Begriff demokratische Schule¹ beschrieben werden, sondern es ist nötig, von einer ‚freien Schule‘ zu sprechen, um etwas von dem ahnen zu lassen, was Summerhill ausmacht. So müssen wir auch prüfen, ob das, was heute unter Demokratisierung der Schule verstanden wird, wirklich der Weg ist, die Schüler mündige Menschen werden zu lassen.

In England gibt es seit 1921 eine Schule, Summerhill, in der vom Kinde ausgegangen wird und deren Ex-Schüler durchaus in der Lage sind, sich mit unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen. Wie wenig man bei uns von dieser Schule weiß, zeigt, wie tief die Widerstände gegen Beispiele, die Veränderungen bewirken könnten, sind. Nun liegt seit zwei Jahren ‚Erziehung in Summerhill‘ von A. S. Neill, dem jetzt hochbetagten Gründer der Schule, vor. Aber auch dieses literarische Zeugnis dafür, wie Schule auch ganz anders sein kann, ist ohne Echo geblieben. So weiß die Rezensentin z. B. von keiner Besprechung in einer der großen Tages- oder Wochenzeitungen.

‚Erziehung in Summerhill‘ besteht aus Teilen mehrerer Bücher Neills, die für Amerika zusammengestellt und so ins Deutsche übertragen wurden. Es wird leider nicht erwähnt, aus welchen Büchern die einzelnen Teile stammen.

Summerhill liegt etwa 150 km von London entfernt. Es werden etwa 60 Schüler zwischen 5—18 Jahren aufgenommen. Mehr Schüler lassen nach Neills Meinung eine unmittelbare Selbstverwaltung nicht mehr zu. Am Anfang waren ein großer Teil der Schüler sog. Schwererziehbare. Je länger die Schule bestand, um so mehr handelte es sich um Kinder, deren Eltern eine freie Erziehung für sie wünschen.

Hatten Pädagogen wie *Makarenko* und *Aichhorn* bewiesen, daß die herkömmliche strafende Methode bei straffälligen Jugendlichen nichts erreichte, so zeigt Neill, wie Kinder von vornherein behandelt werden müssen, um arbeits- und genußfähig — die Definition der Psychoanalyse für Gesundheit — zu bleiben.

Neill geht davon aus, daß das Kind in der Lage ist, seine Bedürfnisse selbst zu regulieren.

(In einem Gebiet, wo diese Vorstellung besonders leicht auf Widerstand stößt, wurde Neill durch amerikanische Physiologen in neueren Untersuchungen bestätigt: Bei genügend großer Auswahl essen Kinder, wenn sie unbeeinflusst sind, eine ausgewogene Diät.) Für Neill können die Bedürfnisse eines Kindes — auch das nach Liebe — befriedigt werden. Er braucht deshalb nie Angst zu haben, die Befriedigung von Bedürfnissen führe zu verwöhnten Kindern, die nie genug bekämen. Wie grotesk diese unser ganzes Erziehungssystem durchziehende Angst ist, zeigt sich, wenn wir uns vorstellen, Erwachsene, die sich satt essen können, würden zu unersättlichen Vielfräßen, statt zu befriedigten Essern.

Die zweite ‚Entdeckung‘ Neills ist, daß Kinder nicht nur ihre individuellen Bedürfnisse selbst regulieren, sondern auch ihr soziales Leben selbst verwalten können. Außer ein paar die Sicherheit der Kinder betreffende Einschränkungen sind alle Gesetze in Summerhill von allen beschlossen. Die Stimme Neills gilt dabei soviel wie die des fünfjährigen Erstkläblers.

Aus alledem könnte geschlossen werden, Neill glaube, von Zwängen befreite Kinder wären sozusagen kleine Engel — weit gefehlt. Er beschreibt sie als egoistisch, Lärm und Schmutz liebend, kein Interesse an körperlicher und der meisten geistigen Arbeit habend. Kurz: sie leben nur für den Augenblick. Neill zieht daraus die Konsequenz und meint, Kindheit sei Spielzeit. Akzeptiert man Kinder nicht so, wie sie sind, dann unterwirft man sie Zwang und deformiert sie damit. So ist in Summerhill z. B. niemand außer dem Lehrer gezwungen, die Schulstunden zu besuchen. Neill berichtet, daß die schon im Elternhaus frei erzogenen Kinder relativ regelmäßig am Unterricht teilnehmen und daß andererseits Kinder, die sich zuvor nie für irgendeinen Schulstoff interessierten, in kurzer Zeit, nachdem sie sich ein Ziel gesetzt haben, in der Lage sind, den nötigen Examenstoff zu bewältigen. Ein Kind mit großen geistigen Interessen wäre Neill allerdings verdächtig.

Hier wäre wohl Kritik anzumelden. Einmal weil für Kinder, die in der Stadt aufwachsen, die idealen Bedingungen zur Betätigung im Freien nicht gegeben sind und dadurch frühzeitig mehr intellektuelle Fähigkeiten entwickelt werden. Prinzipieller aber doch wohl, weil sich selbst verwaltende Individuen komplizierte Vorgänge aller Art verstehen müssen. Der Rezensentin wäre leicht der Vorwurf zu machen, auch sie argumentiere letztendlich von Interessen her, die außerhalb des Hier und Heute der Kinder lägen. An Neills Forderung, das Glück des Kindes habe im Vordergrund zu stehen, muß festgehalten werden. Neill glaubt, daß dieses Glück nur so weit wie möglich entfernt von der städtischen Zivilisa-

tion zu erreichen ist. Diese Zivilisation zu durchschauen, wird dann kein unmittelbares Problem. Kinder lernen aber, um ihre Umwelt zu bewältigen. Haben wir freie Schulen in Städten, so werden die Kinder dieser Schulen sich ihre Umwelt erobern wollen. Dies scheint eine nach Neillschen Prinzipien geleitete Schule, die vor zwei Jahren in London gegründet wurde, bereits zu zeigen. In solchen Schulen könnte dann auch geprüft werden, wie stark die Vorlieben der Lehrer, auch wenn sie nicht durch Zwang, sondern nur durch Vorbild vermittelt werden, die Schüler beeinflussen.

Es ist zu hoffen, daß ‚Erziehung in Summerhill‘ bald in einer Taschenbuchausgabe erscheint, damit die Alternativen zu unserer jetzigen Schule klar werden und Mut zur Gründung freier Schulen entsteht. Aber auch für Eltern, die ihre Kinder unautoritär erziehen wollen, ist das Buch unentbehrlich.

Gewerkschaften, die ihr gesellschaftspolitisches Mandat ernst nehmen, haben die Pflicht, nicht nur für gleiche Bildungschancen einzutreten, sondern sich auch dafür zu interessieren, wie es in den von ihnen geforderten Schulen aussieht. Nur freie Schulen wären in der Lage, gleiche Chancen auch inhaltlich zu gewährleisten.

Monika Seifert

GEWERKSCHAFTLICHE INFORMATIONEN

Der 9. Weltkongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) wird vom 10. bis 17. Juli 1968 in New York tagen. Dem IBFG, dessen Weltkongresse alle drei Jahre stattfinden, gehören in 94 Ländern 122 Organisationen an, in denen rund 63 Millionen Arbeitnehmer organisiert sind.

In Nepal ist Girija Prosad Koirala, der frühere Generalsekretär des seit 1960 verbotenen nepalesischen Gewerkschaftsbundes (der damals dem IBFG angehörte), in einen „Hungerstreik bis zum Tode“ getreten, um dagegen zu protestieren, daß er sich, zusammen mit anderen Gewerkschaftsführern, seit mehr als sieben Jahren in Haft befindet, ohne daß je ein Verfahren eröffnet worden wäre. Der IBFG hat erneut dringend beim König in Nepal interveniert.

Der Gewerkschaftsbund von Singapur, dem 78 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Singapurs angehören, ist Ende 1967 dem IBFG beigetreten; über seinen Beitrag hinaus hat er bereits eine Spende an den Internationalen Solidaritätsfonds des IBFG geleistet.